

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1895

3.1.1895 (No. 3)

Karlsruher Zeitung.

Donnerstag, 3. Januar.

№ 3.

Expedition: Karl-Friedrich-Straße Nr. 14 (Telephonanschluß Nr. 154), woselbst auch die Anzeigen in Empfang genommen werden.
Borauszahlung: vierteljährlich 3 M. 50 Pf.; durch die Post im Gebiete der deutschen Postverwaltung, Briefträgergebühr eingerechnet, 3 M. 65 Pf.
Einrückungsgebühr: die gespaltene Petitzeile oder deren Raum 20 Pfennige. Briefe und Gelder frei.
Der Abdruck unserer Originalartikel und Berichte ist nur mit Quellenangabe — „Karlsruh. Ztg.“ — gestattet.

1895.

Hof-Ansage.

Wegen Ablebens Seiner Majestät Franz II. de Alfisi, Königs beider Sizilien, legt der Großherzogliche Hof von heute an die Trauer auf 10 Tage, vom 2. bis zum 11. Januar einschließlich, nach der 4. Stufe der Trauerordnung an.

Karlsruhe, den 2. Januar 1895.
Großherzogliches Oberstkammerrn-Amt.
J. V.: Ebelheim.

Anmerkung: Am Abend des 8. auf dem Ball bei Sr. Excellenz dem Herrn Minister von Brauer wird die Trauer abgelegt.

Mit Entschliessung Großherzoglichen Gewerbekollegiums wurde dem Gewerbekollegiumsmitglied Friedrich Hauck an der Gewerbekollegiums in Böhrndorf die etatmäßige Amtsstelle eines Gewerbelehrers an dieser Schule übertragen.

Nicht-Amtlicher Theil.

Karlsruhe, den 2. Januar.

Seit einiger Zeit wird in einem Theile der Presse mit einem fast verächtlich erscheinenden Eifer alles zusammengetragen, was auf Verstimmungen zwischen dem deutschen Norden und Süden hindeuten könnte. Die Erregung, welche von Parteorganen extremer Richtung in die Massen getragen wird, schafft mit der Zeit die Grundlage, auf der die gewagtesten Kombinationen dem gläubigen Leser mit einem Schein von Berechtigung vorgebracht werden können. So hat sich ein System herausgebildet, dessen Wirkung gewiß mit Recht als eine zersetzende bezeichnet werden darf. Es ist angesichts der weitgehenden Freiheit, deren sich die deutsche Presse auch auf solchen Gebieten erfreut, die anderwärts mit einer in der Natur der Verhältnisse begründeten Zurückhaltung behandelt werden, nicht zu verwundern, daß dieses Kombinations-system von einzelnen Presseorganen auch unter Hintansetzung vaterländischer Erwägungen zur Anwendung gebracht wird. So werden seit einiger Zeit Gerüchte, bald in verfechter Form, bald mit ziemlicher Offenheit, in der Presse kolportiert, die von Verstimmungen zu melden wissen, welche angeblich zwischen Ihren Majestäten dem Kaiser und dem König von Württemberg anlässlich eines Vorfalles bei den vorjährigen Kaisermanövern entstanden sein sollen. Es ist natürlich, daß sich die nicht sensations-lüsterne Presse von der Verbreitung derartiger, zum mindesten lastloser Mittheilungen ferngehalten hat, doch erwuchs ihr aus den mit einer gewissen Abhängigkeit immer wieder in die Öffentlichkeit geworfenen Notizen, die nach und nach sich bis zu einer „tiefgehenden Spaltung“ zwischen Nord und Süd ausgefalteten, die Pflicht, dem zersetzenden Treiben entgegenzutreten. Mit dankenswerther Offenheit hat sich ihr hierbei Seine Majestät der König von Württemberg selbst zur Seite gestellt, indem Allerhöchstderselbe vor wenigen Tagen in einer Unterredung mit einem hohen Staatsbeamten allen umlaufenden Gerüchten jedwede Berechtigung absprach und die weiteste Verbreitung seines Dementis wünschte. Heute nun veröffentlicht der „Staatsanzeiger für Württemberg“ den Wortlaut der Depeschen, die anlässlich des Jahreswechsels zwischen dem Kaiser und König Wilhelm von Württemberg gewechselt wurden. Der uns übermittelte telegraphische Auszug läßt die Herzlichkeit der beiderseitigen Allerhöchsten Rundgebungen klar in die Erscheinung treten. Offenbar bezweckt die amtliche Veröffentlichung der Telegramme den Versuch einer weiteren Ausbeutung tendenziös erfundener Mittheilungen durch eine gewisse Presspielart die Grundlage zu entziehen. Die Veröffentlichung der fürstlichen Rundgebungen ermöglicht es aber auch jener Presse, die sich bisher von der Besprechung der nachgerade zielbewußt in's Werk gesetzten Verbundelung der Beziehungen zwischen dem deutschen Norden und Süden zurückhielt, offen und rückhaltlos einem publizistischen Treiben entgegenzuwirken, das weite Volkskreise irreführen geeignet ist.

In Frankreich hat die Meldung der „Opinion“, wonach die Interessen der lateinischen Kirche in der Levante jetzt nicht genügend gewahrt erschienen, sondern im Niedergange begriffen wären, böses Blut gemacht. Bekanntlich gehört die Hegemonie des französischen Klerus in der Levante zu den integrierenden Bestandtheilen des Programms der französischen Mittelmeer- und Orientpolitik überhaupt. Jedes Rütteln an dieser Tradition wird von den Franzosen als ein Versuch, ihr nationales Prestige unter den Völkern des Orients zu beeinträchtigen, empfunden. Im Quai d'Orsay zu Paris, wo ein Italien möglichst abgünstiger Wind weht, glaubt man es schon,

daß es der Quirinal sehr gerne sehen würde, wenn der Vatikan sich von der Interessentimität, die ihn in der Levante an Frankreich knüpft, losmachte, bezweifelt aber, ob die letzthin in Rom gehaltene orientalische Bischofskonferenz zur Ermuthigung solcher Bestrebungen die Hand geboten habe. Sollte das trotzdem der Fall sein, so soll Frankreich ein solches Attentat nicht ruhig über sich ergehen lassen wollen, sondern ebenso energisch die dortige Position des gallikanischen Klerus verteidigen, als es in Peking der Fall war, wie die Kurie dort eine von der französischen Vertretung in China unabhängige Nuntiaturne einrichten wollte. Frankreich betrachtet das Protektorat über die lateinische Kirche im Orient als seine eigenste Domäne und zugleich als eine weltliche Machtquelle, weil in den dortigen Kirchen, Klöstern und Schulen die französische Sprache zugleich mit der Vorliebe für französische Wesen, französische Sitten und Gebräuche gepflegt wird. Es scheint, daß der Besitzstand der lateinischen Kirche im Orient einer Revision unterzogen werden soll. Nebenbei wirkt diese Empfindlichkeit auch ein charakteristisches Streiflicht auf den Minderkrieg, der in der Levante zwischen französischen und italienischen Machtbestrebungen geführt wird.

Die Weihnachtsartikel der Warschauer polnischen Blätter haben dem in der polnischen Bevölkerung plötzlich erwachten Bedürfnisse nach der Ausföhrung mit Rußland einen mehr oder weniger deutlichen Ausdruck gegeben. Das von den russischen maßgebenden Kreisen bisher als unumgängliche Vorbedingung einer gegenseitigen „Abklärung“ bezeichnete unumwundene Eingeständniß der Polen, daß ihr feindseliges Verhalten gegenüber Rußland nicht gerechtfertigt ist und daß sie ihre „nationalen Leiden“ vor allem selbst verschuldet haben, liegt bereits vor. Das Warschauer Tagblatt „Słowo“, welches in den höheren Kreisen der polnischen Gesellschaft sich eines großen Ansehens erfreut, hat in seinem Weihnachtsartikel dieses nostra culpa, nostra maxima culpa in einer so eindringlichen Sprache bekannt, daß darüber sogar das bis dahin als Hauptorgan der sprachlichen Russifizierung des Weichselgebietes berühmte Leibblatt des gewesenen Generalgouverneurs Kurko, der „Warschawski Dziennik“, in lauten Hergensjubel ausbrach. Das russische Amtsblatt druckt den ganzen Artikel des „Słowo“ ab und verpricht, anlässlich der bevorstehenden russischen Weihnachtsfeier, auch im Namen der russischen Bevölkerung, der aufrichtig empfundenen Sehnsucht nach Herstellung der freundschaftlichsten Wechselbeziehungen den gleichen, von der christlichen Liebe diktierten Ausdruck zu verleihen. Die stürmischen Ergebnissrundgebungen der Polen in der zu Ehren des Kaisers Nikolaj II. an dessen Geburtstag veranstalteten Festvorstellung des Warschauer Kaiserlichen Theaters und die gleichzeitige allgemeine Illumination der Stadt bezeugt in der That, daß die allgemeine, widerspruchslose Bekehrung der Polen vom Russenhaffe zum vertrauensvollen Glauben an die guten, freundschaftlichen Gesinnungen des russischen Herrschers zur Thatsache werden könnte.

Deutschland.

Berlin, 1. Dez. Dem Vernehmen der „Berl. Polit. Nachr.“ nach liegt es in der Absicht, dem Reichstage eine Vorlage sowohl betreffs der Branntweinbesteuerung als auch der Zuckerbesteuerung noch in der laufenden Session vorzulegen. Die Vorbereitungen für beide Novellen sollen soweit gefördert sein, daß diese binnen kurzem an den Bundesrath gelangen können.

Berlin, 31. Dez. Ein an die wirtschaftlichen Korporationen gerichteter Erlaß des Handelsministers, durch welchen dieser die einzelnen Vereine u. s. w. zu einer Berichterstattung über die bisherigen Wirkungen der Handelsverträge auffordert, weist darauf hin, daß sich jetzt einigermaßen ein Urtheil über die Wirkung der in den Zoll- und Handelsverträgen von 1851 bis zum Ende des Jahres 1903 vereinbarten Zollbindungen und Zollermäßigungen, sowie Schutzprotokollbestimmungen auf den einzelnen Gebieten inländischer Gewerbsthätigkeit gewinnen und unter Zuhilfenahme auswärtiger Berichte und statistischer Werke auch durch Zahlenergebnisse belegen lassen. Neben den Zollverhältnissen würde die vertragsmäßige Gewährleistung der allgemeinen Arbeitsbeschäftigung, sowie die vertragsmäßige Beseitigung mancher Verkehrserschwerungen, in Verbindung mit der dadurch geförderter Besserung der allgemeinen politischen Lage und deren belebender Wirkung auf die wirtschaftlichen Verhältnisse, sachgemäß zu wärdigen sein. Ferner dürfte bei Ermittlung der in Rede stehenden Wirkungen nicht nur den Nebeneinflüssen der Preis-schwankungen, der Handelsbewegungen, gewisser Industriezustände, technischer Neuerungen u. dergl. gebührende Rechnung zu tragen, sondern auch die Art und Weise der für den Gang des in- und ausländischen Baarenmarktes, für die Preis- und Verkehrsverhältnisse u. a. m. ausschlaggebenden Verhältnisse von Angebot und Nachfrage mit zu berücksichtigen sein.

Koburg, 31. Dez. Die Koburger Abtheilung des Staatsministeriums hatte bisher nur einen verantwortlichen Chef, dem die einzelnen Ressorts unterstanden. Neulich ist hierin aber dadurch eine Aenderung entstanden, daß der Ministerialrath Mehner zum verantwortlichen Departementchef für die gesamte Verwaltung des Kurburgischen Domänenbutes ernannt ist. Hiernach hat also die hiesige Ministerialabtheilung zwei verantwortliche Chefs, v. Witten und Mehner.

München, 1. Jan. Eine sehr wichtige Entscheidung hat die mittelfränkische Kreisregierung gefaßt. Ein Arbeiter hat um das gebührenfreie Heimathrecht nachgesucht, da er seit zehn Jahren in Nürnberg sich ununterbrochen aufgehalten hat. Der Magistrat verweigerte die Aufnahme, da bei dem Gesuchsteller eine ganze Reihe von Arbeitsunterbrechungen in Mitte lagen. Auf Rekurs gegen diese Entscheidung sprach die Regierung aus, daß der Magistrat verpflichtet sei, dem Wanne das Heimathrecht zu geben. Maßgebend sei, daß der Gesuchsteller sich innerhalb der kritischen Zeit ununterbrochen in der Gemeinde aufgehalten und sich als Arbeiter selbstständig ernährt hat. Die Hauptfrage sei, daß sich der Beschwerdeführer ohne fremde Hilfe und ohne Armenunterstützung während der letzten zehn Jahre in der Gemeinde als Lohnarbeiter aufgehalten habe. Ueberhaupt sei bei derartigen Gesuchen der arbeitserfreundlichen Tendenz des Gesetzes gebührende Rechnung zu tragen. — In einem anderen Falle stützt sich der Magistrat darauf, daß der Gesuchsteller sich an einem Streik betheiligte hatte. Nachdem der Arbeiter aber keine Armenunterstützung erhalten hat, entschied die Regierung ebenfalls zu seinen Gunsten.

Frankreich.

* Paris, 31. Dez. Unser parlamentarisches Jahr ist zu Ende, die Session geschlossen. Wieder einmal mußten unsere Abgeordneten, vor Beginn ihrer Ferien, die provisorischen Budgetzwölfstel votiren. Gewisse naive Politiker lassen sich noch durch das Gespenst dieser Zwölfstel erschrecken und erheben ein wahres Jetergeschrei. Warum denn? Man hat zwei provisorische Zwölfstel votirt, man hätte ohne Nachtheil deren 12 dem Ministerium bewilligt und sich die unnützen und zwecklosen Debatten dieser letzten Tage ersparen können. Es ist nun einmal so, und seit langen Jahren schon klopfet der Steuereinnahmer an die Thüren der Steuerzahler, ehe noch das Budget bewilligt ist. Diesmal jedoch liegt die Schuld nicht an der Regierung, auch nicht am Parlament. Die Geschichte des diesjährigen Budgets, die nicht ohne Interesse ist, wird im „Hamb. Corr.“ folgendermaßen erzählt: Anfangs April — Herr Burdeau war damals Finanzminister im Cabinet Casimir-Perier — wurde ein erster Entwurf ausgearbeitet. Unter dessen demissionirte Casimir-Perier, mit ihm fällt Burdeau und sein Projekt. Der neue Finanzminister Poincaré benachrichtigt die Budgetkommission, daß er die Vorschläge seines Vorgängers nicht acceptire und eine neue Budgetvorlage vorbereite. Er reicht sie auch richtig ein, mit ihr aber den Plan einer bedeutenden Reform, den Entwurf der neuen progressiven Erbschaftsteuer. Natürlich wird eine so wichtige Neuerung nicht ohne weiteres hingenommen und die Budgetkommission fordert Zeit und Mühe, um sie gründlich durchzustudiren. Inzwischen fällt Carnot unter dem mörderischen Dolch Caserio's; Casimir-Perier wird zum Präsidenten der Republik erwählt, das Ministerium Dupuy reicht, wenn auch nur „der Form“ wegen, seine übrigens nicht angenommene Demission ein, gebrauchte dann einige Wochen, um die nöthige Ruhe wieder zu gewinnen, und muß gelegentlich des Anarchistengesetzes in der Kammer den schweren Kampf gegen die verbündeten Sozialisten und Radikalen ausfechten. Dann kamen die Sommerferien, Minister und Abgeordnete ruhten von der schweren Arbeit aus: an das Budget dachte Niemand mehr. Nach Beginn der Herbstsession versucht die Budgetkommission das Versäumte nachzuholen. Es wird eifrig daran heringearbeitet und schließlich — bis November fast zu Ende — konnte die Generaldebatte am 1. Dezember beginnen. Die Kammer hatte 20 ganze Tage, um dieses so lang erwartete Budget bis Ende Dezember durchzubearbeiten. In jedem anderen Lande würden zwanzig Tage vollständig genügen, um ein Budget, das nur eine einzige Reform enthält, fertig zu bringen; dort würde man sich nicht mit allen Kleinigkeiten herumschlagen und das Gewicht der Debatten auf dieser einzigen Reform ruhen lassen. Bei uns ist dem nicht so. 20 Tage sind für den französischen Parlamentarier kaum 20 Minuten. Man zankte sich Stunden, Tage lang über Kartoffelschnaps und Apfelbranntwein, über Juckerohr und Munkelrüben. Dabei verfehlten Radikale und Sozialisten keine Gelegenheit, das Budget als Kampfmittel gegen die Regierung zu benutzen. Und so kam, was da kommen mußte: die unermüdlichen provisorischen Zwölfstel.

Paris, 31. Dez. Das große Tagesereigniß, welches das alte Jahr abschließt, ist die Enthebung des Herrn de Lanessan von seinem Amte als Generalgouverneur von Indisch-China. Diese Nachricht kommt unerwartet, denn bisher hatte die Amtsführung Lanessans noch nie-

